

Palestine-Israel Journal: Israeli Settlements and the Two-State Solution. Findings und recommendations of an expert roundtable discussion, moderated and edited by Ziad AbuZayyad & Hillel Schenker. PIJ Policy Paper No. 1, Jerusalem: November 2009.

Je ferner eine politische Regelung für den israelisch-palästinensischen Konflikt rückt und je dramatischer sich das Verhältnis zwischen beiden Völkern zuspitzt, desto mehr scheint das Bedürfnis zu wachsen, Konferenzen und Veranstaltungen von NGO's einzuberufen, damit geklärt werden kann, was von einer Zweistaatenlösung noch zu retten ist. Das jüngste Beispiel bot der geschlossene Runde Tisch, der von dem zweimonatlich erscheinenden „Palestine-Israel Journal“ am 16. Juli 2009 in Jerusalem für den Austausch namhafter palästinensischer, israelischer und internationaler Experten eingerichtet wurde. In Deutschland sind vor allem Jad Ishaq (Direktor des „Applied Research Institute“ in Jerusalem), Nazmi Jubeh (Direktor des Zentrums für archäologische Konservierungen), Menachem Klein (Politologe an der Bar-Ilan Universität und ehemals der Jerusalem-Experte des israelischen Teams der „Genfer Initiative“), Hagit Ofran (Chefin der Abteilung für Siedlungsfragen bei „Peace Now“ und – nebenbei bemerkt – Enkelin von Yeshayahu Leibowitz) sowie Robert Dann (Leiter des politischen Regionalbüros des UN-Sonderkoordinators für den Nahost-Friedensprozess [UNSCO]) bekannt. Das Unternehmen wurde von der Europäischen Kommission mitfinanziert.

Man würde schnell der Annahme schnell zuneigen, zur Tagesordnung überzugehen, weil man befürchtet, die einschlägigen Analysen und die Empfehlungen aus kritischem Blickwinkel in regelmäßigen Abständen gehört zu haben, doch gefehlt: Weil die Veranstalter Fachleute mit unterschiedlichen politischen Überzeugungen zu sich baten, ist ein Katalog entstanden, der sich wohlthuend von der Wiederholung immer Desselben abhebt. So wird den Organisationen und Gruppen der internationalen, der israelischen und der palästinensischen Zivilgesellschaft bei der Mitsuche nach einer friedlichen Regelung des Konflikts höchster Stellenwert zugemessen. Andererseits enthält sich die schriftliche Zusammenfassung von Diskussion und Ergebnis der weitverbreiteten rhetorischen Polemik, welche die Regierungen besonders im westlichen Ausland häufig vor der

ernsthaften Überprüfung eingefahrener diplomatischer Gleise zurückschrecken lässt. Die bisweilen mit aggressiven Untertönen ausgetragene öffentliche Auseinandersetzung erinnert an die Einschätzung von Martin Indyk in seinem Buch „Innocent Abroad“, dass die US-amerikanische Nahostpolitik in den acht Jahren der Präsidentschaft Bill Clintons versucht habe, der Region lange die eigenen politischen Vorstellungen zu oktroyieren und sie daran genesen zu lassen, aus intellektueller Schlichtheit, aus Ignoranz und aus Arroganz¹.

Eine solche Zurückhaltung hat die Autoren nicht daran gehindert, die schweren Verwerfungen und die dafür Verantwortlichkeiten beim Namen zu nennen, bekanntlich und vor allem die israelischen Regierungen seit 1967. Doch auch der palästinensischen Seite werden Versäumnisse und Nachlässigkeiten vorgehalten. Um ihre Wiederkehr zu vermeiden, wurde Ministerpräsident Salam Fayyad nachdrücklich aufgefordert, einen detaillierten Plan zur Durchsetzung seiner Ankündigung vorzulegen, damit tatsächlich innerhalb der nächsten zwei Jahre der Staat Palästina entstehen kann, und dabei vor allem seine Vorstellungen über einen Austausch von Landstrichen, ihrer Qualität und ihrer Lage zu präzisieren sowie klare Auskunft über das Grenzregime, die Nutzung der natürlichen Ressourcen und die wirtschaftliche Lebensfähigkeit dieser Wechselflächen zu geben; heute bestehen sie im wesentlichen aus Wüsteneien. Bislang definiert Israel Ausmaß und Qualität des ins Spiel gebrachten Gebietsaustausches allein.

Dass dieses Verlangen in der Zwischenzeit zumindest teilweise mit dem von der Palästinensischen Autonomiebehörde im August 2009 vorgelegten Programm „Palestine. Ending the Occupation, Establishing the State“ erfüllt wurden, darf als Erfolg jenes Drucks gewertet werden, der die palästinensische Seite zu eigenständigen Initiativen auffordert, die über Reaktionen auf israelische Vorgaben hinausgehen.

Der Runde Tisch hat drei zentrale Fragen in den Blick genommen:

¹ Die Rezension des Buches von Martin Indyk ist im Rezensionsteil dieser Homepage nachlesbar.

1. Wie fordern die Friedensbewegten auf beiden Seiten das Siedlungsprojekt heraus, und wie erhöhen sie dessen Kosten für den Fall, dass es fortgesetzt wird?
2. Wie lässt sich der Endstatus des Konflikts erreichen, in dessen Rahmen die Siedlungsfrage zu lösen sei?
3. Wie lässt sich die internationale, die regionale und die Politik vor Ort gegen die Siedlungen am effektivsten in Gang setzen und koordinieren?

Mithin: Die Zweistaatenregelung stellt für die Experten die einzige politische Option dar.

Im Abschnitt zur Bestandsaufnahme ist daran erinnert worden, dass Israel über mehr als vierzig Prozent der Westbank gebietet. Nach der Prinzipienklärung vom September 1993 („Oslo I“) bis Ende 2009 wird die Zahl der Siedler in der Westbank die Marke von 300.000 und in Ost-Jerusalem die Marke von 200.000 übersteigen. Dabei liegt das dortige Bevölkerungswachstum bei 3,4 Prozent pro Jahr im Vergleich zu 1,6 Prozent in Israel. Für die Autoren gehören je dreißig Prozent der Siedler zur Ultra-Orthodoxie – die am schnellsten wachsende Gruppe –, zur ideologischen Rechten oder seien nicht festgelegt. Beim regierungsamtlich ins Feld geführten Argument des „natürlichen Wachstums“ wird darauf verwiesen, dass es nur auf 1,7 Prozent zutrefte, während mehr als das Dreifache durch Zuzug aus Israel zustande komme.

Allein im laufenden Jahr, so führen die Experten aus, sind 60.000 neue Wohneinheiten vom israelischen Bauministerium genehmigt worden und warten nunmehr auf das Einverständnis von Seiten des Verteidigungsministeriums. Entgegen den Bedürfnissen der Palästinenser in Jerusalem in einer Größenordnung von 1800 Wohneinheiten pro Jahr seien 2008 lediglich 125 Baugenehmigungen erteilt worden – mit dem Ergebnis, dass bisher rund 20.000 Wohnungen illegal errichtet worden sind und 2000 von ihnen vor dem erzwungenen Abriss stehen.

Interessanterweise führen die Experten die Zunahme der offiziell nicht genehmigten, jedoch hingenommenen Außenlager vor allem darauf zurück, dass die Regierung und die Siedler gleichermaßen auf diese

Weise das Potential der künftigen Verhandlungsmasse erweitern wollen; die ideologischen Triebkräfte bleiben ausgespart. Nach dem Rückzug aus dem Gazastreifen im Sommer 2005 sind 24 Quadratkilometer oder 6,6 Prozent der Fläche dieses Küstenstreifens zur Sicherheitszone erklärt worden. Die in Oslo getroffene Vorkehrung, dass Westbank und Gazastreifen eine unversehrte politische Einheit bilden, gehört der Vergangenheit an.

Die Mehrheit der Experten weist den Gedanken zurück, die Siedlungsfrage mit der Normalisierung der arabisch-israelischen Beziehungen zu verknüpfen. Zum einen sei das Einfrieren der Siedlungstätigkeit eine davon unabhängige Verpflichtung Israels. Zum anderen jedoch sei die Haltung der PLO, Verhandlungen ohne einen Siedlungsstopp abzulehnen, dazu angetan, jenseits innerpalästinensischer Rücksichtnahmen die Legitimität der nationalen Ansprüche zu schwächen, und untergrabe die eigene Forderung, dass mit der israelischen Regierung endlich Verhandlungen über die zentralen Probleme „Siedlungen, Grenzen, Jerusalem, Flüchtlinge und Sicherheit“ begonnen werden müssen.

Auf Umwegen soll das Ziel des Endstatus erreicht werden: Falls die Autonomiebehörde an ihrer gegenwärtigen Absage festhält, solle sie die US-Administration dazu bewegen, auf die israelische Politik einzuwirken und sie durch Sicherheitsgarantien zu entschädigen. Darüber hinaus müsse die PLO eine Strategie für jene Siedler entwickeln, die im künftigen Palästina mit palästinensischer Staatsbürgerschaft bleiben wollen, und wie jüdischen Israelis der besuchsweise Zugang zu ihren heiligen Stätten unter der Voraussetzung eingeräumt werden könne, dass sie sich an die Gesetze des neuen Staates halten.

Von der beunruhigenden Bestandsaufnahme haben die Autoren ihre Schlussfolgerungen an die Adresse der Kräfte der Zivilgesellschaften abgeleitet. Zu Israel stellen sie die Frage, inwieweit seiner Bevölkerung die Implikationen der Siedlungspolitik klar seien. Ihr gegenüber mit „Apartheid“, „Apartheid light“, „schleichender Apartheid“ oder mit dem Hinweis auf ein Regime der ethnischen Diskriminierung oder auf ein ethnisch ausgelegtes Sicherheitssystem zu argumentieren, sei jedenfalls kontraproduktiv. Deshalb lautet das Plädoyer, es beim Begriff „Besatzung“ („occupation“) zu

belassen. Schließlich werden in einem anspruchsvollen Sechs-Punkte-Katalog die internationale Zivilgesellschaft und die Israelis aufgefordert,

- Verfahren gegen die Umwandlung von palästinensischen Privatböden in israelisches Staatsland bei den Vereinten Nationen und vor dem Internationalen Gerichtshof anzustrengen,
- die finanzielle Unterstützung der Siedlungsbewegung auszutrocknen,
- auf der zunehmenden Bereitschaft innerhalb der Europäischen Union zur Unterscheidung zwischen Produkten aus den Siedlungen und aus Israel aufzubauen und dafür zu sorgen, dass die israelische Regierung entsprechende Auszeichnungen vornimmt,
- sich in Europa und anderswo für die Ächtung von Produkten aus den Siedlungen einzusetzen,
- eine Kampagne an Universitäten und Hochschulen in die Wege zu leiten, die jüdische akademische Einrichtungen in der Westbank und ihre wissenschaftlichen Mitarbeiter trifft, und
- Rechtsmittel in den USA und in Europa gegen jene Israelis zu beantragen, die direkt das Siedlungsprojekt fördern.

Was bleibt am Schluss? Der israelischen Regierung wird die politische Wandlungsfähigkeit abgesprochen. Für das „Palestine-Israel Journal“ gründet diese Skepsis auf langer Erfahrung: Sie steht in der Tradition der von Martin Buber mitbegründeten Zeitschrift „New Outlook“, die ihr Werk der politischen Pädagogik erfüllt sah, als sie mit der Prinzipienklärung ihre Mission der Versöhnung von Israelis und Palästinensern vollendet glaubte und ihr Erscheinen einstellte. Entgegen allen Rückschlägen und Enttäuschungen ist den Herausgebern und Autoren der grundständige Optimismus nicht abhanden gekommen. Denn was wäre die Alternative? Etwas kurios bleibt freilich, dass sie aus dieser Grundhaltung heraus ihr Vertrauen auf Meinungsumfragen setzen, wonach über vierzig Prozent der Siedler bereit seien, ihre Wohnorte aufzugeben, wenn sie finanziell entschädigt würden und in Israel einen neuen Lebensmittelpunkt zugewiesen erhielten, und dass ein solcher Auszug einen Dominoeffekt

auslösen und das Siedlungsprojekt schwächen würde. Dagegen spricht die von den Autoren selbst vorgenommene religiöse und ideologische Kategorisierung der Siedler.

Insofern darf man gespannt sein, welche weiterführenden Ergebnisse die diesmal der Öffentlichkeit zugängliche Nachfolgekonferenz im Januar 2010 erbringt. Sie wird sich hoffentlich noch stärker um die Frage kümmern, wie die israelische und die palästinensische Bevölkerung für Ideen wie die in dieser Broschüre vorgetragenen gewonnen werden kann. Welche Eindrücke zum Beispiel würden Israelis mitnehmen, wenn sie sich mit den Lebensbedingungen ihres Nachbarvolkes in der Westbank vertraut machen könnten, mit der Zerstörung von Feldern, der Entwurzelung von Olivenbäumen, dem Abriss von Häusern, mit stundenlangem Warten an Checkpoints? In Europa dagegen sollten die Regierungen klären, ob auch weiterhin die Finanzierung solcher Veranstaltungen das ausbleibende politische Handeln der EU-Führung unter der neuen Ägide des Vertrags von Lissabon kompensieren soll.

Reiner Bernstein

20.12.2009